



Kommunalwahlprogramm 2009 bis 2014

Inhaltsverzeichnis:

- I. Leitlinien des kommunalpolitischen Wirkens der Partei DIE LINKE im Saale-Orla-Kreis
- II. Mut zu Veränderungen - Kommunalpolitische Alternativen für den SOK

DIE LINKE wählen für

1. mehr Demokratie und Mitbestimmung im SOK
2. mehr soziale Gerechtigkeit im SOK
3. Chancengerechtigkeit in der Bildung im SOK
4. eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze im SOK
5. einen angebotsorientierten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in kommunaler Verantwortung
6. Chancengleichheit der Land- und Forstwirtschaftsbetriebe aller Eigentumsformen und ausreichende Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse
7. bezahlbare und sozial gerechte Kommunalabgaben und eine umweltgerechte Abfallwirtschaft im SOK
8. mehr persönliche Sicherheit, öffentliche Ordnung und den Ausbau demokratischer Rechte.
9. Kultur- und Sportangebote die allen zugänglich sind
10. attraktive Angebote bei Naherholung und Tourismus im SOK
11. finanziell handlungsfähige Kommunen im SOK

I. Leitlinien des kommunalpolitischen Wirkens der LINKEN im SOK

Für DIE LINKE des SOK ist der Landkreis mit seinen Städten und Gemeinden Heimat und Lebensraum der EinwohnerInnen.

DIE LINKE tritt im SOK konsequent für soziale Gerechtigkeit und die demokratischen Rechte aller EinwohnerInnen ein. Die LINKE strebt zukunftsfähige Kommunen im SOK an, die über finanzielle Eigenständigkeit und Handlungsmöglichkeiten verfügen.

DIE LINKE im SOK steht für den Ausbau direkter Demokratie, umfassender Mitwirkungschancen der EinwohnerInnen, für mehr Transparenz von Entscheidungen und Toleranz gegenüber Andersdenkenden.

DIE LINKE ist im SOK die Partei für Frieden und gegen jede Form von Rechtsextremismus.

DIE LINKE will im SOK die aktive Teilhabe von EinwohnerInnen unterschiedlicher sozialer Stellung, aller Altersgruppen, Chancengleichheit für Frauen und Männer, von Menschen mit Behinderung bzw. mit Migrationshintergrund. Sie macht Politik für und mit Menschen.

Die KommunalpolitikerInnen der LINKEN verstehen sich als Vertreter links-alternativer Politikansätze.

DIE LINKE im SOK will Veränderungen und ist die Partei für den Alltag.

II. Mut zu Veränderungen - Kommunalpolitische Alternativen für den SOK

1. DIE LINKE wählen - für mehr Demokratie und Mitbestimmung im SOK

Lebenswerte, zukunftsfähige und moderne "Einwohner"- Kommunen sind nur mit aktiven engagierten EinwohnerInnen gestaltbar.

Dazu sind der Ausbau direkter Demokratie, umfassende Mitbestimmungsrechte und die Transparenz von Entscheidungsprozessen unabdingbare Voraussetzungen des kommunalen Wirkens der LINKEN.

Möglichkeiten aktiver Mitwirkung will DIE LINKE im SOK erreichen durch:

- regelmäßige EinwohnerInnenversammlungen
- Einführung eines Anhörungsrechts für EinwohnerInnen bei Angelegenheiten, von denen sie unmittelbar betroffen sind
- Festsetzung von EinwohnerInnenfragestunden zu Beginn von Sitzungen
- Stärkung der Verantwortung, Kompetenz und Finanzausstattung von Ortsteilsräten und Ortsteilbürgermeistern incl. ihrer Einbeziehung in Entscheidungsprozesse
- Unterstützung von Einwohneranträgen, -begehren, -entscheiden
- Berufung sachkundiger EinwohnerInnen mit beratender Stimme in die Ausschüsse
- öffentliches Tagen aller Ausschüsse
- regelmäßige Informationspflicht des Landrates und der Bürgermeister
- Bildung von kommunalen Petitionsausschüssen

DIE LINKE im SOK prüft Möglichkeiten der Wiederinitiierung von Schüler- und Jugendparlamenten.

DIE LINKE tritt ein für:

- einwohnerInnenfreundliche Öffnungszeiten von Verwaltungen
- kurze, unbürokratische Verfahrenswege bei Verwaltungsvorgängen
- Ausbau der Internetangebote der öffentlichen Verwaltungen
- Ausbau mobiler Einwohnerbüros
- flächendeckende Schaffung der Möglichkeiten moderner Kommunikation

DIE LINKE des SOK ist für "gläserne" Verwaltungen, die Dienstleistungsfunktionen tragen.

DIE LINKE steht im SOK zu ihren antifaschistischen Traditionen und geht offensiv gegen Rechtsextremismus, Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus vor.

Deshalb will DIE LINKE im SOK:

- breite Bündnisse für Demokratie, Zivilcourage gegen Rechtsextremismus,
- Einrichtung von Präventionsräten gegen Rechtsextremismus auf verschiedenen Ebenen und deren Vernetzung,
- konkrete Projekte im Rahmen der bundesweiten Initiative "Orte der Vielfalt, Toleranz und Demokratie"
- Aufklärung über Inhalte, Ideologien, Strukturen und Hintergründe des Neonazismus
- das Kommunen alle Möglichkeiten zur Verhinderung rechtsextremistischer Veranstaltungen kreativ ausschöpfen,
- das kommunale Räume und Einrichtungen nicht für Rechtsextreme zur Verfügung stehen.

DIE LINKE tritt aktiv für Frieden, Gewaltprävention und gewaltfreie Konfliktlösungen ein.

2. DIE LINKE wählen - für mehr soziale Gerechtigkeit im SOK

Die Gestaltung einer auf soziale Gerechtigkeit basierenden öffentliche Daseinsvorsorge im SOK ist für DIE LINKE eine der entscheidenden Grundbedingungen für die Lebensqualität der EinwohnerInnen. Eine gerechte Sozialpolitik im SOK beinhaltet für DIE LINKE nicht nur das Abarbeiten von so genannten "Pflichtleistungen", sondern berücksichtigt die soziokulturellen Ansprüche des Lebens für alle EinwohnerInnen unabhängig vom Alter, Geschlecht, Nationalität und sozialer Stellung. Die Übertragung von Aufgaben der sozialen Daseinsvorsorge an freie Träger darf nicht die kommunale Verantwortung zur Leistungserbringung ersetzen.

DIE LINKE bleibt auch im SOK bei ihrer Forderung gegenüber der Bundespolitik "HARTZ IV muss weg", weil damit Armut per Gesetz in den Kommunen entsteht und die Umsetzung des SGB II zu finanziellen Mehrbelastungen für den SOK geführt hat.

DIE LINKE tritt aktiv für eine am Bedarf orientierte öffentliche Daseinsvorsorge im SOK ein.

Zur Sicherung einer gerechten Daseinsvorsorge tritt DIE LINKE im SOK ein für:

- regelmäßige Sozialberichterstattung als Grundlage einer an den tatsächlichen Problemen orientierten Sozialplanung,
- Einrichtung eines eigenständigen Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung im Kreistag,
- laufende Anpassung der Unterkunftsrichtlinie für Leistungen nach dem SGB II und dem SGB XII zur Sicherung eines selbstbestimmten Lebens für die Betroffenen,
- bedarfsorientierter Ausbau der Leistungen in besonderen Lebenslagen für Anspruchsberechtigte nach SGB II und XII.
- vierteljährliche Berichte des Landrates im Kreistag zu Arbeitslosigkeit und zu Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung,
- Ausbau der Rechte und Stärkung der Kompetenzen des Beirates der ARGE insbesondere zur Kontrolle der Widerspruchsbearbeitung,
- Verbesserung der Förderung von Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen sowie der Suchtberatung,
- Erarbeitung von Handlungskonzepten zur kommunalen Gleichstellungsarbeit als Querschnittsaufgabe,
- Schaffung ausreichender Angebote für Beratung und Unterbringung von Gewalt

- betroffenen oder bedrohten Frauen,
- Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und deren gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, u. a. durch dezentrale Unterbringung und Geldleistungsbezug.
 - Integration von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen
 - Aufbau von Ehrenamtsagenturen im SOK und ihre ausreichende Förderung
 - umfassende Maßnahmen gegen Kinderarmut

DIE LINKE wählen - für eine gleichberechtigte und chancengleiche Gesundheitsvorsorge im SOK

DIE LINKE setzt sich deshalb ein für:

- wohnortnahe stationäre medizinische Versorgung,
- Sicherung des Notarzt- und Rettungsdienstes
- flächendeckende Sicherung der ambulanten medizinischen Betreuung durch niedergelassene Allgemein- und Fachärzte,
- Erhalt des wohnortnahen Apothekennetzes,
- jährliche Berichte des Landrates in Abstimmung mit den Leitungen der Krankenhäuser und der Kassenärztlichen Vereinigung zur medizinischen Versorgungssituation im SOK.

DIE LINKE wählen - um Wohnen als Menschenrecht sozial zu gestalten.

Dabei ist die Sicherung bezahlbarer, bedarfsgerechter und attraktiver Wohnungsangebote für alle Bevölkerungsschichten im Mietwohnungs- und Eigentumsbereich in einem sicheren und lebenswerten Wohnumfeldes eine wichtige Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge für DIE LINKE im SOK. DIE LINKE tritt besonders für ausreichende Wohnangebote in kommunaler Trägerschaft ein. Der Erhalt und die Sanierung der Altbausubstanz ist vorrangig zu fördern. Landkreis, Städte und Gemeinden erarbeiten im Rahmen der Regionalplanung gemeinsam mit den EinwohnerInnen integrierte Kreis-, Stadt- und Gemeindeentwicklungskonzepte. Die Ansiedlung von Verkaufs- und Handelseinrichtungen muss zur Belebung der Innenstädte beitragen. Dabei sind Fragen der Verkehrsanbindung und der senioren- bzw. behindertengerechten Wohnumfeldgestaltung zu berücksichtigen.

DIE LINKE wählen - für ein zeitgemäßes Bild des Alters und des Alterns, das durch Aktivität, Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement gekennzeichnet ist.

Dazu will DIE LINKE im SOK:

- ein ausreichendes Angebot an bezahlbaren und barrierefreien altersgerechten Wohnungen,
- vielfältige, öffentlich geförderte soziokulturelle Angebote für ältere Menschen inklusive leistungsfähiger Konzepte für Mehrgenerationenhäuser,
- bedarfsgerechte, wohnortnahe, bezahlbare stationäre und ambulante Pflegeangebote (Heime, Pflegedienste) sowie Formen des betreuten Wohnens,
- senioren- und behindertengerecht gestaltete öffentliche Lebensräume
- Schaffung von kommunalen Behinderten- und Seniorenbeiräten mit umfangreichen Mitsprache- und Mitgestaltungsrechten.

DIE LINKE des SOK ist gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre.

3. DIE LINKE wählen - für Chancengerechtigkeit in der Bildung im SOK

Unser Ziel ist es, Kindern, Jugendlichen und jungen Familien einen chancengleichen, gerechten und qualitativ hochwertigen Zugang zu Betreuung, Bildung und Ausbildung zu ermöglichen.

Die LINKE will längeres gemeinsames Lernen

Bildungseinrichtungen sind Orte, die Sozialisations- und Integrationsaufgaben wahrnehmen.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Stärkung der Schulstandorte entsprechend des Schulnetzplanes und durch das Zusammenwirken von Landkreis und Gemeinden
- Erhalt des staatlichen Berufsschulzentrums Saale-Orla mit den Standorten Schleiz und Pößneck
- Ersatzneubau für den Berufsschulteil Pößneck am Standort Viehmarkt
- die Gewährleistung zukunftsfähiger Schulausstattungen
- Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen durch die Sicherung der eigenen Finanzmittel
- die sinnvolle Integration von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf sowie den mittelfristigen Erhalt der Förderzentren Schleiz und Pößneck
- die Integration behinderter Kinder in wohnortnahen Bildungseinrichtungen
- den Ausbau der Ganztagsbetreuung an Schulen
- Schaffung von Schulzentren in Bad Lobenstein und Neustadt an der Orla
- Erhalt der Horte als Bestandteil der Schulen mit ausreichender und fachgerechter Personalausstattung und flexiblen Betreuungszeiten
- die kostenlose Schulspeisung in hoher Qualität

Wir unterstützen die

- Schaffung von Ausbildungsverbänden
- Durchführung von Ausbildungsbörsen
- stärkere Abstimmung zwischen Schulen, Betrieben und Einrichtungen über Praktika und andere Formen der Berufsfindung
- enge Zusammenarbeit der Kommunen mit freien Trägern der Berufsbildung/ Berufsausbildung

DIE LINKE wählen - für eine Jugendpolitik die Zukunftschancen im SOK eröffnet

DIE LINKE setzt darauf Jugendliche im Landkreis zu halten. Die Stärkung der Identifizierung Jugendlicher mit dem SOK erfordert ressortübergreifende Maßnahmen. Wir treten dafür ein, dass Politik für Kinder und Jugendliche zunehmend von Kindern und Jugendlichen gemacht wird und wollen deren verstärkte Einbeziehung in die Entscheidungen des Landkreises und der Kommunen.

DIE LINKE im SOK tritt für den Ausbau der sozialraumorientierten Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit ein. Dabei muss Jugendarbeit dort geleistet werden, wo Jugendliche wohnen. In der Stärkung der aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit sehen wir eine wichtige Ergänzung der bisherigen Arbeit. Wir wollen die stärkere Vernetzung der verschiedenen Angebote der Jugendarbeit insbesondere mit der Arbeit der Sportvereine.

DIE LINKE im SOK wird sich für den Erhalt der Stellen im Bereich Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit einsetzen.

Gefördert werden muss der Ausbau und die Qualität der Schulsozialarbeit und deren stärkere Vernetzung mit der Jugendarbeit im Territorium.

DIE LINKE wählen - für eine hohe Qualität der Kindertagesstätten (Kita) - Betreuung im SOK

DIE LINKE tritt für eine wohnortnahe, am Bedarf orientierte und qualitativ hochwertige Kita - Betreuung für alle Kinder im SOK ein. Die Qualität der Bildung und Erziehung in den Kitas und die Umsetzung des Thüringer Bildungsplanes hängt in erster Linie von der ausreichenden Personalausstattung der Kita's mit Fachkräften ab.

DIE LINKE betrachtet Kita's in freier Trägerschaft als wichtigen Bestandteil eines vielschichtigen, differenzierten Kita - Betreuungsangebotes. Unabhängig von der Trägerschaft der Kita's tragen Landkreis, Städte und Gemeinden die Verantwortung für Bedarfsplanung und Qualitätskriterien der Kita - Betreuung.

Im Bereich der Kita - Betreuung setzt sich DIE LINKE im SOK ein für:

- Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter dem Rechtsanspruch flexible, an den Elternbedürfnissen orientierte Öffnungszeiten
- einheitliche, sozial verträgliche und gestaffelte Elternbeiträge
- Einführung einer kostenlosen, gesunden Mittagessenversorgung in allen Kita's
- zielgerichtete Investitionen zur Verbesserung der materiellen Bedingungen der Kita's auf der Grundlage einer langfristigen Bedarfsplanung durch den Landkreis
- kooperative Zusammenarbeit des Landkreises mit den Kommunen bzgl. der Bedarfsplanung der Kita's
- weitreichende Förderung integrativer Angebote in den Kita's
- jährliche Berichte im zuständigen Ausschuss zu Qualität, Versorgungssituation und Kindeswohlgefährdung

4. DIE LINKE wählen - für eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze im SOK

Im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik der LINKEN im SOK steht die Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen. Dabei ist der weitere Ausbau der Infrastruktur in den Kommunen unter Beachtung der Umwelt eine vordringliche Aufgabe.

Die Partei DIE LINKE im Saale-Orla-Kreis tritt ein für:

- existenzsichernde Arbeitsverhältnisse als Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit
- die Durchsetzung tariflicher Mindestlöhne in Höhe von 8,71 € pro Stunde
- die verstärkte Förderung von einheimischen klein- und mittelständigen Unternehmen sowie von Genossenschaften
- jährliche Berichte des Landrates zur wirtschaftlichen und zur Arbeitsmarktsituation vor dem Kreistag
- den weiteren Ausbau des kommunalen Mitspracherechts bei der Arbeitsförderung einschließlich ihrer Finanzierung
- die Bildung von kleinen Losen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, um die Chancen von einheimischen Klein- und Mittelunternehmen zu erhöhen
- die Vergabe öffentlicher Aufträge an Tariflohn zahlende Unternehmen
- ein leistungsfähiges kommunales Straßennetz im Rahmen des Verkehrswegeplanes des Kreises
- den Erhalt des kommunalen Eigentums mit Schwerpunkt der öffentlichen Daseinsvorsorge
- die Unterstützung der Kommunen bei der Sanierung und Wiedernutzung von Altstandorten für Gewerbe- und Industrieansiedlung sowie der Wiederbelebung der Innenstädte
- die Förderung von regionalen Unternehmen zur Beteiligung an der Saale-Orla-Schau
- die zielgerichtete Förderung der Integration von Frauen und Menschen mit Behinderung

- in dauerhafte, existenzsichernde Arbeitsverhältnisse
- familienfreundliche Arbeitszeitmodelle
- Vorhalten von Flächen für Gewerbeansiedlungen und Investitionen

Wir regen für den SOK die Erarbeitung einer Studie für realisierbare regionale Wirtschaftskreisläufe und die Einleitung von Maßnahmen des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors an.

Die LINKE des SOK bekennt sich klar zum Schleizer Dreieck als Naturrennstrecke. Das Schleizer Dreieck ist als Wirtschafts-, Tourismus- und Imagefaktor der Region durch gemeinsames Wirken von Freistaat, Landkreis, Stadt und Betreibergesellschaft unter Einbeziehung der EinwohnerInnen weiterzuentwickeln.

Wir setzen uns ein für:

- Erarbeitung und Umsetzung eines von einer breiten Öffentlichkeit getragenen Konzeptes zur Weiterentwicklung der Rennstrecke
- Schaffung einer tragfähigen Infrastruktur mit Schwerpunkt der Verkehrsführung um die Stadt Schleiz
- Einhaltung von maximal 18 Renntagen, keine permanente Nutzung als Rennstrecke
- keine private Betreibung der Rennstrecke
- nachhaltige Neuansiedlung von Industrie und Dienstleistung an der Rennstrecke unter Beachtung der Umweltnormen
- Einbeziehung der landwirtschaftlichen Flächennutzer an der Rennstrecke an der
- Konzeptplanung und Umsetzung

5. DIE LINKE wählen - für einen angebotsorientierten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in kommunaler Verantwortung

DIE LINKE tritt jeder Privatisierung des ÖPNV entgegen. Wir wollen die bewährte Zusammenarbeit in der Kombus Gesellschaft weiterführen.

Wir setzen uns ein für:

- die Verknüpfung von Bus und Bahn an modern ausgestatteten Haltestellen zur weiteren Optimierung der Verbindungen
- einheitliche und überschaubare Tarife, die sozial gestaffelt sind und über die Grenzen des Verkehrsverbundes gelten
- einen kostenlosen Schülerverkehr innerhalb des Landkreises bei freier Schulwahl zu wohnortnahen Schulen bis einschließlich Klasse 12
- optimale Fahrpläne für kurze Schulwege
- Ausbau der Fahrbereiche der Stadtbuslinien unter Einbindung von anliegenden Orten
- Einrichtung von Rufbussen sowie terminlich begrenzte Angebote in Schwerpunktzeiten und zu Veranstaltungen
- Ausbau der Radwege unter Einbeziehung der Kommunen
- Ausbau der Fußwege entsprechend des aktuellen Verkehrsaufkommens

Wir wollen alle Möglichkeiten in den Kommunen ausnutzen, um die Verkehrssicherheit als ein Lebensproblem unserer ganzen Gesellschaft zu erhöhen.

Folgende regionale Schwerpunkte stehen dabei im Mittelpunkt:

- Unterstützung der Wiederinbetriebnahme der Oberlandbahn Unterlemnitz - Triptis
- Unterstützung des Lückenschlusses der Bahnlinie Blankenstein/Thüringen - Marxgrün/Bayern (Höllentalbahn)
- Bau der Ortsumgehung Birkenhügel

- Aufnahme der Ortsumgehung Saalburg in die Planung des Bundeswegeplanes
- Unterstützung des Ausbau der B90 im Bereich Saaldorf bis zur Einmündung in B2 unter Beachtung der Abstufung der Ortsdurchfahrt Göttengrün
- Ortsumgehung Schleiz
- grundhafter Ausbau aller Straßen die entsprechend des Kreiswegeplanes abgestuft werden sollen
- große Ortsumgehung Pößneck, Krölpa, Rockendorf
- grundhafter Ausbau der K 107 in den Ortslagen Heberndorf und Weitisberga

6. DIE LINKE wählen - für Chancengleichheit der Land- und Forstwirtschaftsbetriebe aller Eigentumsformen und ausreichende Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse

Die LINKE fordert mit der Nutzung des Bodens zur Produktion von pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln und Rohstoffen einen umweltverträglichen Umgang mit diesem wichtigsten Produktionsmittel.

Wir setzen uns ein für:

- faire und gerechte Milchpreise für die Produzenten
- die Produktion von erneuerbaren Energieträgern durch die Landwirtschaft
- Vereinbarkeit von landwirtschaftlicher Produktion mit Flurneuordnung, Gewässerschutz und Hochwasserschutz
- Erhalt der Kindereinrichtungen, Schulen, Kultur- und Sporteinrichtungen in der ländlichen Region
- die Möglichkeit, fachgerechte Ausbildungsplätze für junge Landwirte und Forstwirte an Schulen anzubieten
- Gestaltung des ländlichen Tourismus durch vielfältige Angebote
- Beteiligung der Land- und Forstwirtschaftsbetriebe an der Saale-Orla-Schau
- Die Unterstützung von regionalen Wirtschaftskreisläufen in den Agrarbetrieben und Genossenschaften des Landkreises (z.B. Direktvermarktung)
- Förderung der lokalen LAEDER-Aktionsgruppen die in ihren Kommunen die Besonderheiten ihrer Region gestalten.

7. DIE LINKE. wählen - für bezahlbare und sozial gerechte Kommunalabgaben und eine umweltgerechte Abfallwirtschaft

Die Belastungen der EinwohnerInnen und Unternehmen durch Kommunalabgaben werden auch im SOK als zu hoch und ungerecht empfunden.

DIE LINKE im Saale-Orla-Kreis fordert konsequent sozial vertretbare Kommunalabgaben, umfassende Kostentransparenz und Einwohnerbeteiligung bei Investitionen in öffentlichen Einrichtungen.

Bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen sollen die Gemeinden selbst entscheiden können, ob und in welcher Höhe sie Beiträge erheben(*sächsische Regelung*). Eine rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen lehnen wir ab. Dies erfordert öffentlichen Druck zur Änderung der Kommunalabgabengesetzgebung des Landes.

DIE LINKE arbeitet mit außerparlamentarischen Initiativen für gerechte Kommunalabgaben zusammen.

DIE LINKE im Saale-Orla-Kreis fordert:

- Schaffung leistungsfähiger Strukturen bei den Aufgabenträgern der Wasser- und Abwasserversorgung
- absolute Kostentransparenz durch die Aufgabenträger

- umfassende Bürgerbeteiligung und Interessenabwägung statt Interessenkonflikt
- Stärkung der Mitwirkungsrechte der Verbraucherbeiräte
- dass ökologisch orientiertes Verbrauchsverhalten gefördert wird
- ein verursachergerechtes Abgabensystem unter Beachtung des Verhältnisses von Leistung und Gegenleistung
- dass Kommunalabgaben weder Grundstückseigentümer und Mieter, noch Unternehmen in ihrer Existenz gefährden
- die Einführung von Härtefallklauseln, die den Erlass bzw. Teilerlass von Beiträgen erlauben

DIE LINKE im SOK setzt sich für eine Beibehaltung der Fördermittelbereitstellung für die Aufgabenträger der Wasserver- und Abwasserentsorgung ein, um flächendeckende Senkungen von Gebühren und Beiträgen zu erreichen.

Mittelfristig halten wir an unseren Forderungen fest, durch ein moderneres Kommunalabgabengesetz in Thüringen, Abwasser - und Straßenausbaubeiträge abzuschaffen.

DIE LINKE im Saale-Orla-Kreis ist für eine umweltgerechte Abfallwirtschaft. Wir plädieren für die drei Säulen der Abfallpolitik: Vermeidung, Verwertung und umweltverträgliche Beseitigung.

DIE LINKE tritt für eine umweltgerechte Abfallwirtschaft und die Nutzung erneuerbarer Energien im Saale-Orla-Kreis ein.

Das Konzept der Abfallbehandlung als Kombination von mechanisch-biologischer Restabfallbehandlung wie in Pößneck praktiziert und der rohstofflichen/energetischen Verwertung der heizwertreichen Fraktion wird ausdrücklich befürwortet.

Moderne Biogasanlagen in der Region können Zeichen setzen zur Verbesserung der Ökobilanz im Landkreis.

DIE LINKE im Saale-Orla-Kreis wird sich weiterhin dafür einsetzen:

- dass überall im Landkreis durch verursachergerechte Abfallgebührenmodelle Anreize zur Abfallvermeidung und -Verwertung geschaffen werden
- dass die Abfallgebühren für die Bürgerinnen und Bürger vertretbar und bezahlbar gestaltet sowie mit ökologischen Anreizen versehen werden
- dass die Tätigkeit des ZASO durch Rechenschaftslegung transparent gestaltet und die Bürgerbeteiligung gesichert wird
- dass illegalen Müllgeschäften jegliche Grundlagen entzogen werden und kontinuierlich die Maßnahmen zur Beseitigung der Umweltschäden umgesetzt werden.

8. DIE LINKE wählen - für mehr persönliche Sicherheit, öffentliche Ordnung und den Ausbau demokratischer Rechte.

DIE LINKE bleibt dabei, Sorgen und Ängste der Menschen im SOK hinsichtlich ihrer persönlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung ernst zu nehmen.

Wir sehen keinen Widerspruch zwischen den Sicherheitsbedürfnissen und dem Ausbau demokratischer Rechte und Freiheiten.

Eine gerechte Sozialpolitik, pädagogisch begleiteter Freizeitangebote, insbesondere für Kinder und Jugendliche, sind Bestandteile einer präventiven Sicherheitspolitik.

Wo an der Beseitigung sozialer Probleme und Ungerechtigkeiten gearbeitet wird, wo Lösungen für soziale Konflikte gesucht und gefunden werden, besteht auch die Chance, Kriminalität einzudämmen, weil ihre Wurzeln beseitigt werden.

Wird die persönliche Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern gefährdet und die öffentliche Ordnung gestört, sind die gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen konsequent durchzusetzen.

DIE LINKE und ihre kommunalen Mandatsträger werden sich einsetzen für:

- die Einhaltung des Datenschutzes und die Stärkung der Rechte der Datenschutzbeauftragten,
- die Aufnahme von Kriminalitätsstatistiken in die Kreisjugend- und Sozialberichte,
- den Erhalt und den Ausbau der Stellen der Kontaktbereichsbeamten,
- den Erhalt der drei Polizeidienststellen in Schleiz, Bad Lobenstein und Pößneck,
- die Betreuung der BAB 9 im SOK durch im Oberland stationierte Polizeikräfte
- den Ausbau von vertrauensbildenden Maßnahmen der Polizei und ihren engeren Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern,
- die Fortführung und Initiierung von Gewaltpräventionsprogrammen an den Schulen
- Umsetzung des Gesetzes zum Schutz vor häuslicher Gewalt und Unterstützung entsprechender Netzwerke,
- Sicherung der Funktionsfähigkeit des Brand- und Katastrophenschutzes
- verbesserte öffentliche Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit bei Feuerwehren und des Katastrophenschutzes
- den Erhalt der Amtsgerichtstandorte.

9. DIE LINKE wählen - für Kultur- und Sportangebote die allen zugänglich sind

Kultur und Sport sind wesentliche Felder der Freizeitbetätigung der Einwohner des SOK und haben einen hohen Stellenwert für Identifikation mit der Region, für soziale Integration und für Bildung.

DIE LINKE im SOK betrachtet Kultur- und Sportförderung als Pflichtaufgabe der Kommune, um den Zugang zu Kultur und Sport jedem zu ermöglichen.

DIE LINKE im SOK fordert die Erhöhung des Stellenwertes von Kultur durch:

- Sicherung sozial verträglicher Eintrittspreise und Gebühren für Kultureinrichtungen im SOK
- verbindliche gesetzliche Regelungen zum Erhalt von Kultureinrichtungen mit wichtigem Bildungsauftrag (Bibliotheken, Musikschule, Volkshochschule)
- Sicherung der vielfältigen Museenlandschaft im SOK in Zusammenarbeit mit dem Museumsverband
- langfristigen Erhalt von qualitativen Standards durch Ausbau der gegenwärtigen Personalausstattung der Kulturangebote
- Unterstützung von Vereinen, Kulturgruppen und Chören durch Zuschüsse des Landkreises und der Kommunen

Auf dem Gebiet des Sportes tritt DIE LINKE im SOK für den Erhalt und die Fortentwicklung einer leistungsfähigen Sportinfrastruktur ein.

Sie plädiert für:

- kostenlose Zurverfügungstellung von Sportanlagen und Turnhallen gegenüber Vereinen des Kreissportbundes
- Entwicklung eines Konzeptes zum Erhalt, Aus- und Neubau von Sportstätten im SOK
- Ausgestaltung der Kreisjugendspiele als sportlich - gesellschaftliche Höhepunkte im Landkreis
- Vertiefung der kooperativen Zusammenarbeit mit dem Kreissportbund
- weitere Förderung sportlicher Talente durch Stützpunkttraining und Betreuung durch ausgebildete Sportpädagogen, Trainer und Übungsleiter mit entsprechender

Lizenzierung

- Unterstützung durch Landrats- und Schulamt zur Trainerbereitstellung für den Kinder- und Jugendsport durch Förderung des Ehrenamtes sowie Absprachen mit den Arbeitgebern (Arbeitszeit- bzw. Freistellungsregelungen)
- Neugestaltung der Sportförderrichtlinie des Landkreises mit Stärkung der Eigenverantwortung des Kreissportbundes

Der Landrat gibt jährliche Berichte zur Situation von Kultur, Sport und Freizeit gegenüber dem Kreistag.

10. DIE LINKE wählen - für attraktive Angebote bei Naherholung und Tourismus im SOK

Für DIE LINKE sind Naherholung und Tourismus wichtige Wirtschaftsfaktoren für den SOK und Bestandteil der Identifikation der EinwohnerInnen mit ihrer Heimat.

Dabei gilt es, die touristischen Attraktionen des Landkreises durch das abgestimmte Wirken breiter gesellschaftlicher Kräfte zeitgemäß zu "vermarkten".

DIE LINKE tritt ein für:

- Erarbeitung eines geschlossenen und abgestimmten Tourismuskonzeptes im Rahmen der Regionalplanung
- kooperative Zusammenarbeit der Tourismusverbände mit Hoteliers, Gastwirten und Kultureinrichtungen
- langfristig geplante und gezielte Präsentation auf Tourismusbörsen
- Vernetzung und Ausbau von Wanderwegen und deren Zertifizierung
- Verbesserung der Qualität des Saale-Rad-Wanderweges unter Nutzung der vorhandenen Infrastruktur und ohne neue Trassenführung
- Stärkung der Tourismusinformation durch ausreichendes fachkundiges Personal und gästefreundliche Öffnungszeiten
- Einführung eines "Runden Tisches Tourismus" im SOK
- ausreichende Förderung der Arbeit der Wegewarte
- Einbindung kultureller Höhepunkte in die Tourismusangebote
- Verbesserung der Zusammenarbeit der Tourismusregionen

11. DIE LINKE wählen - für finanziell handlungsfähige Kommunen im SOK

Nur Kommunen, die finanzielle Handlungsspielräume haben, sind für die EinwohnerInnen attraktiv und zukunftsfähig.

Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen des SOK ist aus Sicht der LINKEN auf Grund der völlig unzureichenden Reform der Kommunal Finanzen durch Bundes- und Landesregierung und durch die Übertragung von öffentlichen Aufgaben auf die Kommunen, ohne ausreichend Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, stark eingeschränkt.

So genannte "freiwillige" Leistungen können durch Landkreis und Kommunen kaum noch realisiert werden.

DIE LINKE des SOK tritt daher nachhaltig für eine, die Finanzsituation der Kommunen stärkende, Reform der Kommunal Finanzen ein.

DIE LINKE setzt sich auf finanzpolitischen Gebiet ein für:

- Sicherung der Finanzierung übertragener Aufgaben (Konnexitätsprinzip)
- Pauschalzuweisungen von Bundes- und Landesmitteln und Ausbau der kommunalen Entscheidungskompetenz
- eine Kreisumlage, welche die Leistungsfähigkeit von Landkreis und Kommunen sichert

- die Umsetzung von Investitionen, insbesondere in den Bereichen Schul- und Straßensanierung
- Einstieg in die Erstellung von Bürgerhaushalten
- durchschaubare Haushalte und öffentliche Kontrolle
- Stärkung der Investitionsfähigkeit der Kommunen
- Messung der Finanzausstattung an den zu erfüllenden Aufgaben

DIE LINKE wendet sich deutlich gegen jede Form von Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Daseinsvorsorge. Weitere Projekte öffentlich privater Partnerschaft (PPP) lehnen wir ab.

DIE LINKE wählen - für die Stärkung der Kreissparkasse Saale-Orla.

DIE LINKE tritt für den Erhalt der eigenständigen Kreissparkasse Saale-Orla und ein flächendeckendes Filialnetz mit ausgeprägter Kundennähe ein. Durch Ausschüttung, Spenden, Sponsoring und ggf. eine Sparkassenstiftung sollen soziale, kulturelle, Sport- und Jugendprojekte unterstützt werden

Auf Ihre Entscheidung kommt es am 07.06.2009 an!

Der Saale-Orla-Kreis braucht starke Fraktionen der LINKEN im Kreistag und in den Stadt- und Gemeinderäten.

Für soziale Gerechtigkeit,
für chancengleichen Zugang zu Bildung und Kultur,
für menschenwürdige und existenzsichernde Arbeitsplätze,
für mehr Demokratie und direkte Bürgerbeteiligung,
für lebenswerte und zukunftsfähige Kommunen,
im Saale-Orla-Kreis!

Original sozial:

DIE LINKE.

von Europa bis in die Gemeinden!